



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften
am 20.04.2021**

öffentlich

Ort: Halle (Saale), Videokonferenz

Zeit: 17:00 Uhr bis 17:28 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder:

Dr. Bodo Meerheim	Ausschussvorsitzender, Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Rudenz Schramm	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Mario Schaaf	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dr. Inés Brock	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Christian Feigl	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Martin Sehrndt	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Tom Wolter	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Johannes Krause	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Sven Thomas	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Yana Mark	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)

Verwaltung:

Egbert Geier	Bürgermeister und Beigeordneter Finanzen und Personal
Thomas Stimpel	Referent GB I
Corinna Wolff	Leiterin Fachbereich Finanzen
Dr. Judith Marquardt	Beigeordnete Kultur und Sport
Katharina Brederlow	Beigeordnete Bildung und Soziales
Vanessa Gaebel	stellvertretende Protokollführerin

zu Einwohnerfragen

Es lagen keine Einwohnerfragen vor.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, **Herr Dr. Meerheim**, eröffnete die Sitzung und stellte anhand namentlicher Aufrufe der Mitglieder und akustischer Bestätigung des aufgerufenen Mitgliedes die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Meerheim informierte, dass die Tagesordnungspunkte 6.1, 6.2 und 6.4 zu vertagen sind, da diese erst in den jeweiligen Fachausschüssen im Mai und Juni behandelt werden. Er wies darauf hin, dass der Antrag der AfD-Stadtratsfraktion unter TOP 6.3 auf Grundlage der vorliegenden Stellungnahme der Stadtverwaltung rechtlich unzulässig ist und stellte daher einen Geschäftsordnungsantrag (GOA) auf Nichtbehandlung.

Herr Sehrndt sagte, dass den Bürgern die Möglichkeit gegeben werden muss, wenn eine Wohnungskautionserfolgung erfolgen muss, dass dies über ein gestundetes Darlehen durch die Arbeitsagentur gewährleistet wird.

Herr Dr. Meerheim unterbrach und merkte an, dass er sich nur zum GOA äußern darf, aber nicht zum Inhalt des Antrages.

Herr Sehrndt sagte, dass er den GOA ablehnt.

Herr Dr. Meerheim bat die Mitglieder, um die namentliche Abstimmung des Geschäftsordnungsantrags auf Nichtbehandlung des TOP 6.3.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Herr Dr. Meerheim bat die Mitglieder, um die namentliche Abstimmung der geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 16.03.2021
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 4.1. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 16.03.2021
Vorlage: VII/2021/02446

5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2021 in der Abteilung IT und Digitale Verwaltung
Vorlage: VII/2021/02420
 - 5.2. Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2021 im Stadtarchiv
Vorlage: VII/2021/02422
 - 5.3. Jahresabschluss 2019 des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02153
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zur Bewerbung als Host Town der weltweit größten inklusiven Sportveranstaltung Special Olympics World Games Berlin 2023 zur nachhaltigen Förderung inklusiver Projekte in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02346
 - 6.2. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Beendigung der öffentlichen Unterstützung für extremistische und verfassungsfeindliche Organisationen in der Stadt Halle
Vorlage: VII/2020/02107
 - 6.3. Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Absicherung des Regresses gegen Leistungsempfänger nach dem AsylbLG und SGB II bei nicht ordnungsgemäßer Rückgabe der von der Stadt zur Verfügung gestellten Übergangs- und Integrationswohnungen
Vorlage: VII/2021/02359
 - 6.4. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle Nachtleben
Vorlage: VII/2021/02262
7. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
8. Mitteilungen
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 16.03.2021

Herr Dr. Meerheim bat um die namentliche Abstimmung der Niederschrift.

Die Niederschrift vom 16.03.2021 wurde ohne Widerspruch bestätigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

zu 4.1 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 16.03.2021
Vorlage: VII/2021/02446

Herr Dr. Meerheim wies darauf hin, dass die Informationsvorlage im Stadthaus ausgehangen und digital einsehbar ist.

Die Informationsvorlage wurde zur Kenntnis genommen.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2021 in der Abteilung IT und Digitale Verwaltung
Vorlage: VII/2021/02420

Da es keine Wortmeldungen gab, bat Herr Dr. Meerheim um die namentliche Abstimmung der Beschlussvorlage.

zu 5.1 Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2021 in der Abteilung IT und Digitale Verwaltung
Vorlage: VII/2021/02420

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften beschließt eine außerplanmäßige Auszahlung für das Haushaltsjahr 2021 im Finanzhaushalt für folgende Investitionsmaßnahme:

PSP-Element 8.11110013.710 Förderprogramm Gesundheit (Technik)

Finanzpositionsgruppe 783* Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen oder immateriellen Vermögensgegenständen in Höhe von **149.600 EUR**.

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgenden Finanzstellen:

PSP-Element 8.11110013.705 Förderprogramm Gesundheit (Technik)

Finanzpositionsgruppe 6811* Einzahlungen aus Zuweisungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen vom Land in Höhe von **149.600 EUR**.

zu 5.2 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2021 im Stadtarchiv
Vorlage: VII/2021/02422

Da es keine Wortmeldungen gab, bat Herr Dr. Meerheim um die namentliche Abstimmung der Beschlussvorlage.

**zu 5.2 Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen im Ergebnishaushalt und überplanmäßigen Auszahlungen im Finanzhaushalt für das Haushaltsjahr 2021 im Stadtarchiv
Vorlage: VII/2021/02422**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

I. Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt die überplanmäßigen Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2021 im Ergebnishaushalt für folgendes Produkt:

1.25102 Stadtarchiv (HHPL Seite 814)
Sachkontengruppe 52* Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von **150.258 EUR.**

II. Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt die überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2021 im Finanzhaushalt für folgende Finanzstelle:

Finanzstelle 21_3_421 Stadtarchiv (HHPL Seite 815)
Finanzpositionsgruppe 72* Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von **150.258 EUR.**

Die Deckung im Ergebnishaushalt erfolgt aus folgendem Produkt:

1.25102 Stadtarchiv (HHPL Seite 814)
Sachkontengruppe 41* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von **150.258 EUR.**

Die Deckung im Finanzhaushalt erfolgt aus folgender Finanzstelle:

Finanzstelle 21_3_421 Stadtarchiv (HHPL Seite 815)
Finanzpositionsgruppe 61* Zuwendungen und allgemeine Umlagen in Höhe von **150.258 EUR.**

**zu 5.3 Jahresabschluss 2019 des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02153**

Herr Scholtyssek fragte, warum der Jahresabschluss 2019 des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) erst jetzt vorgelegt wird oder ob dies aufgrund der Pandemie zur Verspätung kam.

Frau Brederlow bejahte, dass aufgrund der Pandemie zur Verspätung kam und informierte, dass der Jahresabschluss 2020 fristgemäß eingereicht wird.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Dr. Meerheim** um die namentliche Abstimmung der Beschlussvorlage.

zu 5.3 Jahresabschluss 2019 des Eigenbetriebes Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2021/02153

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

- I. Der mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der BDO AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft versehene Jahresabschluss für den Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Halle (Saale) für das Wirtschaftsjahr 2019 wird wie folgt festgestellt:
1. Feststellung des Jahresabschlusses
- | | |
|--|-------------------|
| 1.1. Bilanzsumme | 47.922.002,42 EUR |
| 1.1.1. davon entfallen auf der Aktivseite auf | |
| • das Anlagevermögen | 39.755.919,98 EUR |
| • das Umlaufvermögen | 8.165.589,52 EUR |
| 1.1.2. davon entfallen auf der Passivseite auf | |
| • das Eigenkapital | 21.149.039,07 EUR |
| • den Sonderposten | 17.121.854,45 EUR |
| • die Rückstellungen | 2.675.370,37 EUR |
| • die Verbindlichkeiten | 6.849.050,32 EUR |
| 1.1.3. Jahresüberschuss | 677.196,26 EUR |
| 1.1.4. Summe der Erträge | 53.541.977,12 EUR |
| 1.1.5. Summe der Aufwendungen | 52.864.780,86 EUR |
2. Behandlung des Jahresüberschusses
- 2.1. Für den Eigenbetrieb Kindertagesstätten gilt, dass gemäß § 13 EigBG (Gesetz über die kommunalen Eigenbetriebe im Land Sachsen-Anhalt) angemessene Rücklagen zu bilden sind. Dementsprechend wird in Höhe von 677.196,26 EUR eine Betriebsmittelrücklage gebildet.
- II. Dem Betriebsleiter des Eigenbetriebes Kindertagesstätten Halle (Saale) wird für das Wirtschaftsjahr 2019 gemäß §19 (4) Ziff. 3 EigBG LSA Entlastung erteilt.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

- zu 6.1 Antrag des Stadtrates Christoph Bernstiel (CDU-Fraktion) zur Bewerbung als Host Town der weltweit größten inklusiven Sportveranstaltung Special Olympics World Games Berlin 2023 zur nachhaltigen Förderung inklusiver Projekte in der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: VII/2021/02346
-

Abstimmungsergebnis:**vertagt****Beschlussvorschlag:**

Die Stadt Halle (Saale) bewirbt sich für das Host Town Programm und das Projekt „170 Nationen – 170 inklusive Kommunen“ der Special Olympics World Games Berlin 2023.

- zu 6.2 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Beendigung der öffentlichen Unterstützung für extremistische und verfassungsfeindliche Organisationen in der Stadt Halle
Vorlage: VII/2020/02107**

Abstimmungsergebnis:**vertagt****Beschlussvorschlag:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unter Berücksichtigung des Rechtsrahmens, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Förderung oder Unterstützung soziokultureller Projekte und anderer Einrichtungen in der Stadt Halle mit öffentlichen Mitteln zu beenden, wenn diese extremistische, gewaltbereite, gewaltunterstützende oder verfassungsfeindliche Organisationen, Gruppen oder Personen (z.B. Rote Hilfe oder Offenes Antifaplenum), direkt oder indirekt, beispielsweise durch das zur Verfügung stellen von Räumen, Material oder Ressourcen für Veranstaltungen und Treffen, fördern oder unterstützen oder in den letzten vier Jahren unterstützt haben.

- zu 6.3 Antrag der AfD-Stadtratsfraktion zur Absicherung des Regresses gegen Leistungsempfänger nach dem AsylbLG und SGB II bei nicht ordnungsgemäßer Rückgabe der von der Stadt zur Verfügung gestellten Übergangs- und Integrationswohnungen
Vorlage: VII/2021/02359**

Abstimmungsergebnis:**Nichtbehandlung****Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverwaltung erarbeitet, mit der Zielsetzung der Gleichbehandlung, ein Konzept, welches die erfolgreiche Durchsetzung von Regressforderungen, gegen Leistungsempfänger nach AsylbLG und SGB II, bei nicht ordnungsgemäßer Rückgabe der von der Stadt übergangsweise zur Verfügung gestellten Wohnungen sicherstellt.

- zu 6.4 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle Nachtleben
Vorlage: VII/2021/02262**

Abstimmungsergebnis:**vertagt**

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt eine Koordinierungsstelle Nachtleben bzw. eine Stelle Fachbeauftragte*r für Nachtkultur einzurichten. Mit dem Schwerpunkt Nachtkultur fungiert diese Stelle als Mediatorin und Multiplikatorin zwischen Nachtschwärmenden, Anwohnenden, Clubbetreibenden, Gastronomie und Stadtverwaltung. Im besonderen Wissen um die Strukturen und sozialen Netzwerke der halleschen Clubszene, soll diese Stelle besonders dem Erhalt, Förderung und Wiederbelebung von Standorten der Nachtkultur nach der Pandemie verpflichtet sein. Sie soll die Potenziale der Stadt eruieren, Synergien schaffen und dazu beitragen, das Miteinander zu stärken.

Folgende Aufgabenschwerpunkte soll diese Stelle erfüllen:

- konzeptionelle Arbeit für ein sichereres Nachtleben
- Beratung und Standortentwicklung
- Vernetzung von Club-, Subkultur- und Kreativszene sowie Gastronomie und Veranstaltungsbranche
- Schnittstellenarbeit zwischen der Nachtkultur, der Stadtverwaltung und dem Stadtrat
- Koordination von Prozessen, die die Club- und Livemusikspielstätten sowie die Nachtkultur betreffen (Verdrängungs- und Schließungskonflikte, Standortveränderungen, neue Standorte)
- zentrale Ansprechperson für die Akteure*innen der Nachtkultur (insbesondere Clubs und Livemusikspielstätten, nachtkultureller Veranstalter*innen sowie Open-Air-Kollektive)
- Lotsenfunktion sowie Interessensvermittlung zwischen nachtkulturellen Veranstaltern*innen, Ordnungsbehörden und Stadtverwaltung

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

Es wurden keine Mitteilungen gegeben.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 9.1 Frau Dr. Brock zur Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Dr. Brock fragte nach den Antworten, der mündlichen Anfragen von Herrn Feigl aus der letzten Sitzung.

Frau Dr. Marquardt antwortete, dass die Antworten den Mitgliedern bereits zugesandt und in Session in der Märzsession hinterlegt wurden.

Herr Dr. Meerheim fragte, was mit der Frage zum Praktikantenvertrag ist.

Herr Geier antwortete, dass dies im nicht öffentlichen Teil beantwortet wird, da es sich hier um eine Personalangelegenheit handelt.

Herr Feigl sagte, dass die gestellten Fragen nochmal schriftlich eingereicht werden.

zu 9.2 Herr Wolter zur Unabweisbarkeit

Herr Wolter fragte, was der Haushaltsvollzug für die freiwilligen Bereiche bedeutet.

Frau Dr. Marquardt antwortete, dass die Auszahlungen sowohl im Kultur als auch Sportbereich getätigt werden und keine Probleme bekannt sind.

Frau Brederlow ergänzte für den Sozialbereich, dass im SGGA eine Übersicht zu den freiwilligen Bereichen dargestellt wurde und über 95 Prozent ausgezahlt werden.

zu 10 Anregungen

Da es keine Anregungen gab, beendete **Herr Dr. Meerheim** die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Datum: 19.05.21

Dr. Bodo Meerheim
Ausschussvorsitzender

Vanessa Gaebel
stellvertretende Protokollführerin